

Die Erinnerung darf nicht vergehen

KOBLENZ. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis und an deren Opfer darf nicht vergehen. Vor allem im Januar eines jeden Jahres wird die Erinnerung aus gutem Grund wach gehalten. Anlass ist der internationale Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, mit dem der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 gedacht wird.



In der Tötungsanstalt Hadamar steigt 1941 aus dem Schornstein Rauch aus den Krematoriumsöfen.
Foto: Landeswohlfahrtsverband Hessen

Auch in Koblenz gibt es ein vielfaches Erinnern. Dies soll hier in allen Ausgaben des Schängel im Monat Januar vorgestellt werden. Begonnen wird die Reihe heute mit gerade beendeten und auch noch laufenden Aktionen. Mit der Eröffnung der Ausstellung „Lebensunwert – Entwürdigt und vernichtet. Zwangssterilisation und Patientenmorde im Nationalsozialismus“ am 5. Dezember 2017 im Landeshauptarchiv Koblenz in der Karmeliterstraße 1 - 3. Mit der Verlegung des 111. Stolpersteins in der Schenkendorfsstraße 33 für Wilhelm Hübinger (wir berichteten). Er kam wegen Arbeitsverweigerung ins KZ. Und mit der Initiative zur Umbenennung der Friedrich-Syrup-Straße im Rauental. Alles hat auch miteinander zu tun.

Die Ausstellung „Lebensunwert“ zeigt, wie der „arische Volkskörper“ erst durch die zwangsweise Sterilisation und dann durch die Ermordung „minderwertiger“ Menschen „aufgeartet“ werden sollte. Ziel der Nazis war die rassische Erneuerung des deutschen Volkes, eine „tödliche Utopie“. Am Anfang dieser Verbrechen standen die Erbgesundheitsgerichte, die psychisch Kranke, Trinker und sozial nicht angepasste Menschen gegen ihren Willen unfruchtbar machten. Davon war etwa jeder 100. im fortpflanzungsfähigen Alter stehende Mensch betroffen – insgesamt 350 000 bis 400 000 Opfer. Mehr als 5000 von ihnen starben durch den Eingriff. Häufigster Grund war die Diagnose „angeborener Schwach-

sinn“, die u.a. mit Intelligenzfragebögen ermittelt wurde. So als „dumm“ aufgefallen, konnte man der zwangsweisen Sterilisation nur noch durch eine „Lebensbewährung“ entgehen, durch völlige Unterordnung unter die „Volksgemeinschaft“, durch soziale Nützlichkeit und Arbeitsdisziplin.

Arbeit war notwendig für das Überleben

Arbeit war damals das Schlüsselwort. Typisch war das Motto an den Toren der Konzentrationslager: „Arbeit macht frei.“ Sie machte nicht frei – wie die Nazis verlogenen Glauben machen wollten –, aber sie war für das Überleben unbedingt nötig. Das zeigte sich schon bei der Aktion „Arbeitsscheu Reich“, bei der Ende April 1938 ca. 2000 „Arbeitsscheue“ ins KZ Buchenwald verschleppt wurden. Bei der anschließenden „Juni-Aktion“ brachte man weit mehr als 10 000 Menschen, erstmalig gezielt auch Juden, in Konzentrationslager. In der Folgezeit wurden im Zusammenspiel der „Arbeitgeber“, der Arbeitsverwaltung, der Gestapo, der Kriminalpolizei u.a. immer wieder Menschen in „Schutzhaft“ genommen und in Konzentrationslager verschleppt. Aufgefallen waren sie, weil sie die Arbeitshetze und -disziplin der Nazis nicht aushalten konnten oder wollten. Die mit der Zwangssterilisation durch die Erbgesundheitsgerichte begonnene „Rassenhygiene“ fand zu Beginn des Zweiten

Weltkrieges ihre Fortsetzung in der Ermordung psychisch Kranker und nicht Angepasster. Allein in der Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg/Lahn wurden mehr als 10 000 Menschen mit Giftgas ermordet. Der gesamten sog. T4-Aktion, von der die Tötungen in Hadamar ein Teil waren, fielen ca. 70 000 zum Opfer. Zusammen mit der anschließenden dezentralen, „wildem Euthanasie“ gab es wohl ca. 250 000 Tote. Auch dies wird in der Ausstellung im Landeshauptarchiv dokumentiert.

Oft war es reiner Zufall, Willkür, mit welchen „Maßnahmen“ die Nazis und ihre vielen, viel zu vielen Helfern diese Menschen verfolgten, erniedrigten, traumatisierten, verstümmelten, ermordeten. Oft, vor allem bei ausländischen Zwangsarbeitern, war eine weitere Maßnahme die Einweisung in ein „Arbeitserziehungslager“. Dort mussten sie unter KZ-ähnlichen Bedingungen arbeiten, um dann – wenn sie überlebten – nach acht Wochen wieder in den „normalen“ Arbeitsprozess zu kommen.

Und was hat das alles nun mit den Veranstaltungen und Aktionen hier in Koblenz zu tun? Viel, sehr viel. Wie man in der Ausstellung erfahren kann, gab es auch in Koblenz ein Erbgesundheitsgericht. Es hat weit mehr als 1000 Zwangssterilisationen angeordnet, die dann in den Krankenhäusern in Koblenz und Umgebung durchgeführt wurden.

Weit mehr als 1000 „Euthanasie“-Opfer aus Koblenz und Umgebung wurden über die „Zwischenanstalten“ in Andernach und Nassau-Scheuern in den Tod, vor allem ins Giftgas nach Hadamar, geschickt. Und zahlreiche Menschen aus Koblenz und Umgebung, wie u.a. Wilhelm Hübinger und sein jüngerer Bruder Walter, kamen als „Arbeitsbummelanten“ hier in „Schutzhaft“. Sie wurden dann von der Koblenzer Gestapo in Konzentrationslager verschleppt, wo sie „umkamen“.

Und während diese NS-Opfer vielfach namenlos oder vergessen sind, werden die Täter geehrt. Nach dem Chef-Organisator des NS-Arbeitseinsatzes Dr. Friedrich Syrup ist immer noch eine Straße im Rauental benannt. Für viele Zwangssterilisationen im Evangelischen Stift St. Martin war Dr. Fritz Michel verantwortlich. Dr. Michel ist Ehrenbürger von Koblenz und von Ober- und Niederlahnstein. In Koblenz ist eine Straße nach ihm benannt, und ein großes Denkmal für ihn steht am Eingang des Evangelischen Stift St. Martin.

Erinnerung ist wichtig. Aber ist das die richtige Erinnerung? Wollen wir wirklich mit den Tätern an die dunkelste Zeit unserer Geschichte erinnern?

⇒ Weitere Infos finden Sie auf der Homepage des Fördervereins Mahmal Koblenz: www.mahnmalkoblenz.de